



Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordneter Daniel Sturm (CDU)

Vermittlung von Zeitzeugen des DDR-Unrechts in Schulen und andere Bildungseinrichtungen

Kleine Anfrage - KA 6/7826

Vorbemerkung des Fragestellenden:

Der Mitteldeutschen Zeitung vom 11. Februar 2013 ist zu entnehmen, dass die von der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der Bundesstiftung Aufarbeitung und der Stiftung Berliner Mauer getragene und von der Bundesregierung finanzierte Einrichtung Zeitzeugenbüro, durch die Zeitzeugen des DDR-Unrechts in Schulen und andere Bildungseinrichtungen vermittelt werden; von Sachsen-Anhalt, Bremen und dem Saarland unter allen 16 Bundesländern am wenigsten in Anspruch genommen werden.

Antwort der Landesregierung erstellt vom Kultusministerium

Namens der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Trifft diese Äußerung zu?

Der Landesregierung ist der genannte Pressebericht bekannt. Sie hat keine eigenen Informationen über die Nutzerstatistik des Zeitzeugenbüros.

Frage 2: Falls die Richtigkeit bestätigt werden sollte, was sind die Gründe, dass die Angebote bisher nur so zögerlich in Anspruch genommen wurden?

Das Koordinierende Zeitzeugenbüro des Bundes (KZB) ist für Schulen nur einer von mehreren Wegen, die zum Kontakt mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen führen. Viele

(Ausgegeben am 12.03.2013)

Schulen wenden sich zu diesem Zweck beispielsweise an den Landesverband der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) oder an die Gedenkstätten in der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt.

So wurden im Jahr 2012 allein 48 Zeitzeugengespräche für Schulklassen direkt von der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg, von der Gedenkstätte Roter Ochse Halle (S.) und von der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn vermittelt. Hinzu kommen 337 Führungen in Marienborn und 45 am Grenzdenkmal in Hötensleben, die ebenfalls von Zeitzeugen durchgeführt wurden. Zeitzeugen, die in den Gedenkstätten berichten, sind fast ausschließlich ehemalige politische Gefangene. Zeitzeugen, die Führungen in Marienborn und Hötensleben machen, haben in ihrer großen Mehrheit das Grenzregime der DDR erlebt und waren Repressalien ausgesetzt.

Von den Zeitzeugen, die das KZB vermittelt, kommt nur ein geringer Teil aus Sachsen-Anhalt.

Über Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die von Schulen direkt - meistens unmittelbar aus ihrer Region - eingeladen werden, gibt es keine Statistik.

Frage 3:

Was gedenkt die Landesregierung zu tun, dass die Angebote künftig stärker in Anspruch genommen werden?

Die Arbeit des KZB ist für die Schulen und für die beteiligten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen eine gute Ergänzung der direkten Kontakte, zumal sich für die Schulen so Finanzierungsmöglichkeiten bieten. Kultusministerium, Landeszentrale für politische Bildung und Stiftung Gedenkstätten werden deshalb die Schulen verstärkt - auch im Rahmen der Lehrerfortbildung - auf diese Möglichkeit aufmerksam machen.